



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der Senioren-Union in der CSU,

seit etwa zwei Jahren klagen wir ob der Corona-Pandemie, die unser Leben ebenso unerwartet wie gründlich auf den Kopf gestellt hat. Die meisten warten seither sehnsüchtig darauf, wieder verreisen zu können oder sich zu einem geselligen Beisammensein zu treffen. Das kann ich gut verstehen. Gleichzeitig werden wir wohl alle still und zurückhaltend, wenn wir die aktuellen Nachrichten verfolgen. Seit Wochen tobt ein grausamer Krieg in der Ukraine. Unerträgliche Berichte über Gräueltaten in Butscha machen einfach nur fassungslos.

Um so mehr wollen wir uns darauf besinnen, dass wir Mitglieder einer Partei sind, die nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges gegründet wurde, um die zukünftige Politik am christlichen Menschenbild auszurichten. Das ‚C‘ ist der Markenkern der CSU – unsere Wertebasis und damit eine klare Orientierung, die auch Bestand hat, wenn der unstete Zeitgeist wieder einmal seine Richtung wechselt. Das haben wir auch in der nachfolgenden Presseinformation gemeinsam mit unserem früheren Parteivorsitzenden und Staatsminister a.D. Erwin Huber zum Ausdruck gebracht.



Die zweite Publikation beschäftigt sich mit den ungeheuerlichen Entscheidungen der Ampelkoalition in Berlin, die unsere Rentnerinnen und Rentner bei dem Energiepreis-Entlastungspaket vergessen hat. Hier muss unbedingt nachgebessert werden.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich jetzt schon gesegnete Osterfeiertage und alles Gute!

Herzliche Grüße
Ihr

Franz Meyer
SEN-Landesvorsitzender

Presseinformation

Senioren-Union hält stärkeren Bezug auf das C im Parteinamen für notwendig

Das „C“ schafft gerade in Krisenzeiten eine hilfreiche Orientierung

Über die aktuell gewachsene Bedeutung des „C“ im Parteinamen sprach der Landesvorstand der Senioren-Union mit dem ehemaligen Staatsminister Erwin Huber. Einig war sich das Gremium mit dem Gastredner, dass gerade in Krisenzeiten eine Orientierung am christlichen Menschenbild und der daraus abgeleiteten Grundwerte hilfreich sei. „Gerade der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt, was passiert, wenn Menschenverachtung, nicht globale, christlich geprägte Menschenrechte das politische Handeln leiten“, betonte der Landesvorsitzende der Senioren-Union, Franz Meyer. Uneingeschränkte Zustimmung fand Erwin Huber für seine einfache und eindeutige Zusammenfassung: „Das „C“ ist heute wichtiger denn je.“

Der Landesvorstand der Senioren-Union in der CSU hatte Erwin Huber als ehemaligen Staatsminister und Parteivorsitzenden eingeladen, um sich mit ihm über die grundsätzliche Orientierung der Politik in der aktuellen Situation auszutauschen. In seinem einleitenden Vortrag beschrieb Erwin Huber die Bedeutung des Begriffs „Christlich“ im Parteinamen der CSU: „Das ‚C‘ gibt uns und unseren Anhängern eine klare Orientierung, eine Wertebasis und damit die Begründung für politische Entscheidungen. Wir sollten uns mehr und nicht weniger darauf besinnen!“

Huber erläuterte, aus welchen historischen Entwicklungen die Würde des Menschen als Zentralbegriff des Grundgesetzes entstand und wie die global anerkannten Menschenrechte auf der Basis eines christlichen Verständnisses des Menschen beruhen. „Franz Josef Strauß wurde nicht müde, das christliche Sittengesetz als Basis unserer Werte zu beschwören und vor dem unsteten Zeitgeist zu warnen. Die Sachpolitik von der kommunalen Ebene bis hin zur globalen Mitverantwortung ist daher der ständigen Prüfung zu unterwerfen, ob sie unseren Grundwerten und Grundsätzen entspricht“, führte Erwin Huber vor dem Landesvorstand der Senioren-Union aus.

Klimapolitik aus christlicher Orientierung

Am Beispiel der Klimapolitik und dem Bemühen um Nachhaltigkeit machte Huber deutlich, dass die christliche Orientierung auch für die neuen Herausforderungen der Politik eine klare Leitlinie gebe. „Schließlich beinhaltet die Schöpfungsgeschichte den Auftrag, Erde und Natur zu beschützen und zu bewahren. Uns ist die Erde zur Nutzung anvertraut, wir müssen sie den nachkommenden Generationen erhalten, woraus sich die Verantwortung der Menschen für Klima und Arten ergibt,“ umriss Erwin Huber die Notwendigkeit aktiver Klimapolitik gerade für die CSU und CDU. Große Zustimmung erhielt Erwin Huber daher für seine Schlussfolgerung: „Wir müssen uns mehr auf das ‚C‘ im Parteinamen besinnen und die Orientierung daran stärker nutzen“.

„C“ gibt Orientierung

Von Erwin Huber, ehem. Staatsminister

Zwei Erfahrungen aus der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts haben zum „C“ im Namen der Unionsparteien geführt. Es war die schädliche Rivalität katholischer und protestantischer Parteien in der Weimarer Republik und dann die menschenverachtende Politik der NS-Zeit. Der Neubeginn sollte im Zeichen der Verantwortung vor Gott und den Menschen mit dem „C“ für christlich erfolgen. Hat das 75 Jahre nach Gründung und in einer weithin säkularen Gesellschaft noch seinen Sinn oder soll man sich nach einem moderneren Kompass umsehen?

Das „C“ ist unverzichtbar. Nicht nur und nicht in erster Linie, weil es ein erfolgreicher Markenname ist. Vor allem gibt es uns und Anhängern klare Orientierung, Wertebasis und Letztbegründung für politische Entscheidungen. Wir sollen uns mehr und nicht weniger darauf besinnen, gerade in einer Zeit des Suchens, der Spaltung und Verwirrung. Dabei geht es nicht um eine Politisierung von Religion und Kirche oder um eine Stärkung kirchlicher oder klerikaler Einflüsse. Es geht darum, politische Entscheidungen und Einstellungen an Grundwerten zu orientieren und immer wieder diesen Kompass neu zu justieren.

Die Grundlagen der europäischen Werte entstammen dem Christentum und seiner Bewertung des Menschen. Die „Würde des Menschen“ als zentraler Begriff unseres Grundgesetzes hat ihren Ursprung in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Erst durch das Christentum wurde der Mensch mit seiner unsterblichen Seele zum Individuum mit Freiheit und Selbstverantwortung. Erst durch das Christentum kamen Nächstenliebe und Solidarität in die Menschheitsgeschichte. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ aus der französischen Revolution sind nicht aus dem Sozialismus gewachsen (den es damals noch gar nicht gab), sondern aus dem geistigen Humus eines christlichen Jahrtausends in Europa.

Die Menschenrechte sind eigentlich jungen Datums, so richtig ausformuliert erst nach dem zweiten Weltkrieg, aber sie fußen im christlichen Verständnis des Menschen, getragen von Würde und Persönlichkeit, Recht auf Leben und persönliche Unversehrtheit, Freiheit und Gleichberechtigung sowie von Solidarität und Miteinander.

Das „C“ betrifft mit dem christlichen Menschenbild vor allem auch das Verhältnis von Staat und Bürgern. Freiheit und Eigenverantwortung des einzelnen stehen im Mittelpunkt, nicht die umfassende Betreuung und Bevormundung durch einen allgegenwärtigen Staat. Hilfe zur Selbsthilfe muss der Gradmesser sein! Die Mündigkeit des einzelnen im helfenden Sozialstaat gilt es zu stärken, nicht die Einbettung in gut gemeinte Rundumbetreuung.

Franz Josef Strauß, der die CSU zur breiten und erfolgreichen Volkspartei gemacht hat, wurde nicht müde, als Basis unserer Werte das christliche Sittengesetz in seiner weitesten Auslegung zu beschwören und vor dem unstillen Zeitgeist zu warnen. Unsere Sachpolitik von der kommunalen Ebene bis hin zur europäischen und globalen Mitverantwortung ist danach der ständigen Prüfung zu unterwerfen, ob sie unseren Grundwerten und Grundsätzen entspricht. Das ist nicht eine Angelegenheit von Sonntagsreden, sondern Orientierung jedes Grundsatz- oder Wahlprogramms und unserer Alltagspolitik.

Gerade neue Herausforderungen wie Klimapolitik sind in christlicher Orientierung voll erfasst. Schließlich beinhaltet die Schöpfungsgeschichte den Auftrag, Erde und Natur zu beschützen und zu bewahren. Uns ist die Erde zur Nutzung anvertraut, wir müssen sie den nachkommenden Generationen erhalten, woraus sich die Verantwortung der Menschen für Klima und Arten ergibt.

Das ist eine ständige Aufgabe aus christlicher Sicht, die zur Zusammenarbeit verpflichtet, auch mit Verbänden, die eine größere Distanz zu uns haben.

Meine Schlussfolgerung: Wir brauchen keine Abschaffung oder Neuinterpretation von „C“, sondern im Gegenteil eine noch stärkere Besinnung darauf und Orientierung danach.



Presseinformation

Durch Energiekosten verursachte Altersarmut wird immer wahrscheinlicher

Ampelkoalition hat Rentnerinnen und Rentner vergessen

Mit Enttäuschung und Entsetzen reagiert die Senioren-Union in der CSU auf die Beschlüsse der Ampelkoalition, mit einem Entlastungspaket auf die gestiegenen Energiekosten zu reagieren. „Es ist unglaublich, aber die Ampel-Parteien haben die ältere Generation bei ihren Entlastungsvorschlägen einfach ignoriert. Die Generation, die in Deutschland den Wohlstand aufgebaut und viele Steuern gezahlt hat, wird jetzt bei den dringend benötigten Entlastungen bei Energiekosten in keiner der Maßnahmen berücksichtigt“, fasst Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union in der CSU zusammen. „Erst wenn Rentnerinnen und Rentner auf das Niveau der Grundsicherung absinken, kommen ihnen die einmaligen Zuschüsse zugute. Wir fordern sofortige und wirkungsvolle Nachbesserungen!“

Das von der Bundesregierung vorgelegte Entlastungspaket zu den gestiegenen Energiepreisen soll über eine Energiepreispauschale auf die Steuer, das Familiengeld, für Bezieher von Grundeinkommen und für die Nutzer von ÖPNV-Tickets wirken. „Ältere Mitbürger, die keine Steuern zahlen, werden also in keiner Form entlastet. Gerade auf dem Land sind auch ältere Menschen auf ihr Auto angewiesen, ein Angebot öffentlicher Verkehrsmittel – und damit ein 9 Euro Ticket – können nicht genutzt werden. Das bedeutet: für die ältere Generation hat sich der Weg in die Altersarmut beschleunigt, weil diese Altersgruppe von der Ampel-Regierung einfach vergessen wurde,“ unterstreicht der Landesvorsitzende der Senioren-Union, Franz Meyer, die Einschätzung seiner Arbeitsgemeinschaft. „Wenn nicht umgehend wirksame Entlastungsschritte für die älteren Menschen beschlossen werden, werden diejenigen bestraft, die ihr Leben lang brav Steuern gezahlt haben, aber jetzt im Ruhestand leben.“

Mehrfach hat die Senioren-Union Bayern auf das Risiko der steigenden Altersarmut hingewiesen, das durch die explosionsartig gestiegenen Energiepreise auf die ältere Generation zukommt. Statt die Lebensumstände der älteren Mitbürger zu berücksichtigen, habe die Ampelkoalition jetzt einen Kompromiss beschlossen, der Seniorinnen und Senioren mit ihren wirtschaftlichen Sorgen alleine lässt.